

18.45

Abgeordnete Barbara Rosenkranz (FPÖ): Herr Präsident! Frau Ministerin! Hohes Haus! Zum Kinderbetreuungsgeld-Konto hat Abgeordnete Anneliese Kitzmüller schon hinreichend und ausgiebig Stellung bezogen. Ich werde jetzt die Anträge, die nachher eingegangen sind, kommentieren.

Zuerst behandle ich den Antrag des Abgeordneten Steinbichler betreffend „Jährliche Valorisierung der Familienleistungen“. Ich darf übrigens Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP, daran erinnern, dass Sie das eigentlich auch immer wollten, und es wäre nichts naheliegender, als das endlich zu tun. Alles und jedes wird mit gutem Grund valorisiert. Wir wissen, wie schwer der Wertverlust wiegt, den Familienleistungen in den letzten eineinhalb Jahrzehnten erlitten haben. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Junge Familien tun sich auch wirklich schwer. Sie alle wissen, alles ist mittlerweile auf ein Doppelverdienertum aufgebaut. Es wäre wirklich an der Zeit, dass Sie sich einen Ruck geben und da ein bisschen Überzeugungsarbeit leisten. Das ist eine ganz pragmatische und gar keine ideologische Sache. Wir kämen ja auch nicht auf die Idee, zum Beispiel die Pensionszahlungen nicht zu valorisieren. Dem stimmen wir natürlich zu. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum zweiten Antrag, dem Entschließungsantrag des Abgeordneten Michael Pock: Er möchte, dass Kinderbetreuungsgeld- und Karenzansprüche auch ohne gemeinsamen Haushalt geltend gemacht werden können. Auch da sage ich ganz pragmatisch: Natürlich ist es wünschenswert, wenn die Eltern vor allem so junger Kinder, in deren Fall das noch in Anspruch genommen werden kann, zusammenbleiben und miteinander wohnen, aber wenn das nicht der Fall ist, dann halten wir es immer noch für gerechtfertigt und besser als eine andere Lösung, wenn die elterliche Verantwortung gemeinsam wahrgenommen wird. Auch dem werden wir also zustimmen.

Zum dritten Punkt, dem Abänderungsantrag der Abgeordneten Gamon und dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Judith Schwentner, die ein bisschen in dieselbe Zielrichtung gehen: Frau Schwentner macht es genauer – ich werde sie in einem behandeln –, sie beklagt vor allem, nach der Passage, dass die Reform nicht gelungen und eine große Chance verpasst worden ist, dass das Kinderbetreuungsgeld lange Auszeiten im Gegensatz zur kurzen Inanspruchnahme auch finanziell belohnt und dass es zu wenige Anreize für Väterbeteiligung setzt. Sie schreiben, dass die Reformierung des Kinderbetreuungsgeldes folglich dringend notwendig und Ihrer Meinung nach eben nicht gelungen sei.

Sie bekennen sich folgendermaßen: „Familienpolitische Leistungen wie das Kinderbetreuungsgeld haben das Potenzial auf gesellschaftliche Realitäten Einfluss zu nehmen. So kann die konkrete Ausgestaltung des Kinderbetreuungsgeldes die berufliche Ausstiegsdauer für beide Geschlechter verkürzen und die partnerschaftliche Aufteilung in der Familienarbeit fördern.“

Das möchte ich nun ein wenig kommentieren. Wir haben, wie Sie wissen, dazu eine oppositionelle Meinung. Der erste Punkt betrifft partnerschaftlich: Ich sehe das überhaupt nicht so, dass das 50 : 50 sein muss. Partnerschaftlich heißt einvernehmlich (*Zwischenruf der Abg. Schwentner*), und viele meiner Kolleginnen – wie auch ich selbst – haben Phasen gehabt, bei denen es vielleicht 20 : 80 war, aber zugunsten des Vaters des Kindes, das kann vorkommen. Das müssen sich die Leute ausmachen, da brauchen wir uns nicht einzumischen. (*Beifall bei der FPÖ sowie des Abg. Steinbichler.*)

Überdies habe ich Gott sei Dank das Glück, immer wieder mit jungen Elternpaaren in regem Kontakt zu stehen, wenn ich meine sieben Enkelkinder am Sonntag da habe, und ich stelle fest, die machen das ganz locker. Meine Töchter mit einem abgeschlossenen Studium, die Kinder haben, sind eigentlich alle in einer beruflich interessanten Position, haben sich dazu entschlossen, erst einmal das Kind zu genießen, die Väter sind aber voll mit dabei. Je nachdem, wie eine Tochter ist – ob sie eine karriereorientierte Frau ist oder nicht –, hat sie sich das einkommensabhängige Elterngeld genommen. Eine andere sagt, sie hätte lieber schnell ein zweites und ein drittes Kind, bleibt jetzt doch einmal eine Zeit lang daheim und wird dann versuchen, nachher ins Berufsleben einzusteigen – sie hat ein Lehramtsstudium. Das muss möglich gemacht werden. Die möglichst rasche Rückkehr beider Geschlechter auf den Arbeitsmarkt ist per se kein Wert.

Uns geht es vielmehr um die Wahlfreiheit, denn wir sehen, dass Erziehung eine elementare Voraussetzung dafür ist, dass es eine Erwachsenengeneration gibt, die diesem Staat Zukunft geben kann. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ob diese Erziehung in der Familie wahrgenommen werden soll oder ob sie in gesellschaftliche Einrichtungen übertragen werden soll, das sollen die Leute selbst entscheiden. Sie sind da anderer Meinung. Sie sind der Meinung, dass es vor allem eine gesellschaftliche Aufgabe ist, Kinder zu erziehen. (*Zwischenruf der Abg. Schwentner.*) Da heißt es ja schon: möglichst rasche Rückkehr; und man kann Kinder nicht aus der Ferne erziehen. Das müssen Sie zugeben, einer muss da sein und muss sich dem Kind widmen. (*Abg. Schwentner: Was, das steht im Antrag?!*) – Sie

schreiben da schon: möglichst rasche Rückkehr. Ich sehe das nicht als Wert an sich. Ich meine, die Kindererziehung ist der Wert an sich. *(Beifall bei der FPÖ sowie des Abg. Steinbichler.)*

Sie können diese Position vertreten, aber das, was Sie nicht vertreten können – das haben wir im Ausschuss wieder einmal diskutiert, und wir diskutieren das immer wieder –, ist, dass das eine moderne Ansicht ist, die einer traditionellen gegenübersteht. Meine Damen und Herren von der ÖVP, das muss ich jetzt einmal in Ihre Richtung aussprechen: Mehr Selbstbewusstsein!

Da ist schon einmal Herr Abgeordneter Walser so richtig in den Saft gegangen, aber es ändert nichts dran, dass das stimmt, was ich jetzt wiederholen werde, denn die Vorstellung, dass Kindererziehung vor allem eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und nicht in erster Linie den Eltern übertragen wird, gibt es schon ganz lange.

Theoretisch hervorragend aufgearbeitet haben das – das wissen Sie – Marx, Engels, Bebel. Ausprobiert in der Realität, also mit aller Schärfe und allem Enthusiasmus, hat es Lenins Frauenministerin Alexandra Kollontai. In verschiedenen Abstufungen haben wir das dann in allen sozialistischen Ländern gesehen. *(Zwischenruf des Abg. Weninger.)* Es ist **ein** Entwurf, nicht unserer, aber, Herr Abgeordneter Pock, wir haben es vor Kurzem gehabt, es ist kein moderner Entwurf, sondern der kommt aus dem vorvorigen Jahrhundert. Wir haben einen anderen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir sehen Familie als Einheit, die auf Bindungen beruht, die dem Staat vorangehen. Ich kann das nur immer wieder betonen. Und wenn der Staat oder die Gesellschaft in das innere Gefüge einer Familie eingreift, dann muss das wohlbegründet sein. Die Autonomie der Familie ist ganz hoch einzuschätzen. *(Zwischenruf der Abg. Königsberger-Ludwig.)*

Königsberger-Ludwig.)

Frau Familienministerin! Es ist nicht Ihre Aufgabe, in die inneren Beziehungen einer Familie einzugreifen. Ihre Aufgabe ist es, die Familie im Rahmen von Staat und Gesellschaft gerecht zu stellen. Das wäre das, was wir von Ihnen erwarten. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf des Abg. Krainer.)*

Dazu sage ich jetzt zum Schluss auch noch einmal ganz pragmatisch: Wir sind der Meinung, für die Zukunft im Allgemeinen sind Kinder unverzichtbar. Herr Schäuble hat das vor Kurzem nicht ganz so gesehen, wir aber schon. Für den Sozialstaat an sich – das muss hier auch jeder zugeben – ist es aber unbedingt notwendig, dass die Generationenabfolge sozusagen ausreichend verläuft. Jeder Sozialstaat und jede Transferleistung ist natürlich schlicht und ergreifend zahlenmäßig ganz grob auf ein intaktes Generationenverhältnis angewiesen. Die Leistung, die die Familie erbringt, ist

nicht eine im Rahmen des Sozialstaates, sondern es ist eine Voraussetzung des Sozialstaates, und das muss anerkannt werden.

Und dass genau jene, die diese Leistung besonders erbringen – in aller Regel sind das immer noch die Mütter; ich betrauere das gar nicht fürchterlich (*Beifall des Abg. Steinbichler*); aber auch Väter, die sich widmen würden, wären davon betroffen –, der Altersarmut anheimfallen, ist natürlich ein Skandal, aber kein gottgegebenes Schicksal. Der Doyen der europäischen demographischen Wissenschaften, Herwig Birg, hat es klar und prägnant gesagt: Von Kindern profitiert in unserem System, wer selbst keine hat. – So, wie wir da sitzen, können wir das ändern. Das hat uns nicht das Schicksal auferlegt, dass Kindererziehung zu Altersarmut führt. Das haben wir hier zu verantworten, weil wir es immer noch nicht geändert haben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das Elende ist hier die schlechte Situation der Familien. Jeder weiß, was Kinder kosten, das wurde von den verschiedensten Instituten errechnet, je nach Ausbildungsgrad des Kindes sind es von 120 000 € bis zu 220 000 € – mit abgeschlossenem akademischen Studium – an Opportunitätskosten, die eine Familie zu tragen hat, wenn sie ein Kind erzieht. Das heißt, wenigstens einen Teil davon – und davon kann nicht die Rede sein – sollten wir durch den Familienlastenausgleich zurückzahlen. Das ist nicht Familienförderung; das, was ich Ihnen jetzt vorschlage, ist der Versuch, die Diskriminierung von Familien endlich abzuschaffen.

Auch da habe ich noch ein letztes Zitat, nämlich des Bischofs Küng – ich habe das schon so oft gesagt, aber es ist einfach so prägnant und kurz, dass man es sagen muss –: Kinder sind der sicherste Weg in die Armut. – So ist es; und auch das können wir hier ändern.

Frau Ministerin! Eines zum Schluss: Wissen Sie, was ich kümmerlich finde? – Dass ich beinahe am Ende der Rednerliste bin, und wir haben kein einziges Mal – der Herr Generalsekretär hat mich darauf aufmerksam gemacht – über das Wohl der Kinder geredet. Unter diesen Bedingungen und in diesem Zusammenhang darf ich Ihnen sagen, dass wir vom familienfreundlichsten Land Europas meilenweit entfernt sind. (*Beifall bei der FPÖ.*)

18.55

Präsident Karlheinz Kopf: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Wöginger. – Bitte.